

Notizen

Zum neuen Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, dem Zusammenschluß der DDR-Bischöfe, wurde am 7. November der Berliner Bischof *Georg Sterzinsky* gewählt. Vor seiner Ernennung zum Nachfolger von Kardinal Joachim Meisner war Sterzinsky Generalvikar in Erfurt. Seine Wahl zum Konferenzvorsitzenden kam nicht überraschend; angesichts der Umbruchsituation in der DDR ist es sinnvoll, daß der Vorsitzende in Berlin als Ansprech- und Verhandlungspartner für die staatlichen Stellen zur Verfügung steht. Der neue DDR-Partei- und Staatschef *Egon Krenz* gratulierte Bischof Sterzinsky zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz. Krenz schrieb: „Es entspricht unserem gemeinsamen Anliegen, daß die katholische Kirche in der DDR unter Ihrer Leitung mit hoher Verantwortung den ihr gemäßen eigenen Beitrag für die Zukunft unseres Landes, für die Erneuerung unserer Gesellschaft und die gemeinsam zu lösenden Aufgaben leisten wird.“

In dem am 23. Oktober veröffentlichten Apostolischen Schreiben „Redemptoris Custos“ befaßt sich Johannes Paul II. mit der Gestalt und der Sendung des heiligen Josef im Leben Christi und der Kirche. Außerer Anlaß für das Schreiben war das Jubiläum der Enzyklika „Quamquam pluries“ Leos XIII. von 1889 über den heiligen Josef. Grundgedanke des Papstschreibens ist die besondere Teilhabe des heiligen Josef am Geheimnis der Menschwerdung; Josef habe an ihm teil „wie kein anderes menschliches Geschöpf, ausgenommen Maria, die Mutter des menschengewordenen Wortes“. Das Schreiben geht den verschiedenen Texten der Evangelien entlang, in denen Josef erwähnt wird, und betont die Bedeutung der Heiligen Familie und der Arbeit Josefs als „alltäglichen Ausdrucks“ der Liebe.

Der Moraltheologe an der Universität Innsbruck, *Hans Rotter*, hat in einem Interview mit der „Kärntner Kirchenzeitung“ die Kirche davor gewarnt, die Menschen in Fragen der *Sexualethik und der Sexualerziehung* zu überfordern. Bei der Frage der Empfängnisverhütung bedarf es nach Rotter kirchlich einer weiteren Präzisierung. Es sei nämlich nicht ganz klar, warum bei der *Verwendung der Zeitwahl* der Wunsch, Kinder zu vermeiden, gutgeheißen werden kann, während bei der Verwendung anderer Methoden *derselbe Wunsch* als Grund für die Verwerfung dieser Methoden gilt. Energisch wandte sich Rotter gegen die Kritik an der „Mariatroster Erklärung“ (dem österreichischen Paralleldokument zur „Königsteiner Erklärung“). Diese habe noch eine Auffassung von Gewissen vertreten, die der Tradition der Kirche entspreche, während es gegen-

wärtig Tendenzen gebe, die versuchten, jeden Gewissensanspruch gegen lehramtliche Entscheidungen unmöglich zu machen. Rotter forderte die Kirche auch auf, sich der Problematik der *Bevölkerungsentwicklung* zu stellen. Eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums sei „aus ethischer Sicht“ notwendig.

Den neuen Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentages bilden der SPD-Politiker *Erhard Eppler*, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, *Ernst Benda*, und die Berliner Zahnärztin *Erika Reihlen*. Der Anfang November gewählte neue Vorstand amtiert sechs Jahre und wird für die nächsten drei Kirchentage verantwortlich sein. Erhard Eppler war von 1977 bis 1983 schon einmal Mitglied eines Kirchentagsvorstands; Ernst Benda war dem Kirchentag bisher nur als Referent verbunden. Frau Reihlen ist seit 1980 Vorsitzende des Projektausschusses für den „Markt der Möglichkeiten“ beim Kirchentag.

Ein überraschendes Ergebnis erbrachte die Wahl der *württembergischen evangelischen Landessynode* am 12. November. Die stärkste Gruppierung in der Synode (sie wird als einzige im Bereich der EKD direkt von den Kirchenmitgliedern gewählt), die pietistische Fraktion „Lebendige Gemeinde“, erlitt starke Verluste und stellt zukünftig nur noch 36 der insgesamt 90 Synodalen. Gewinner der Wahl war die kirchenpolitisch eher „links“ angesiedelte Gruppierung „Offene Kirche“, die sich von 21 auf 28 Sitze in der Synode verbessern konnte. Die synodale Mittelgruppe „Evangelium und Kirche“ blieb bei unverändert 26 Mandaten. In der neuen württembergischen Synode ist der Frauenanteil gestiegen: er beträgt jetzt genau 30 Prozent.

Gravierende Probleme für die Lage der Seelsorge befürchten die Verantwortlichen für die Berufs- und Studienbegleitung von *Pastoralreferenten und -referentinnen*, falls es in Zukunft zu einer Ausdünnung oder gar Abschaffung dieses Berufs kommen sollte. Aus Anlaß einer gemeinsamen Konferenz in Würzburg hieß es, Laienseelsorger seien auch in Zukunft für die Arbeit der katholischen Kirche in der Bundesrepublik unverzichtbar. In dem Zusammenhang wandte man sich auch gegen die Tendenz in einzelnen Bistümern, verstärkt männliche Pastoralreferenten zu ständigen Diakonen zu weihen. Damit werde die berufliche Eigenständigkeit der Pastoralreferenten gefährdet.

Auf ihrer jüngsten Vollversammlung in Lourdes befaßte sich die *französische Bischofskonferenz* mit dem Projekt eines Erwachsenen Katechismus bzw. einer – wie

man in Frankreich im Rückgriff auf eine Umschreibung von Kardinal Ratzinger sagt – „organischen und vollständigen Darstellung des katholischen Glaubens“ für die Kirche in Frankreich. Nach Angaben des verantwortlichen Kommissionsvorsitzenden, Erzbischof *Pierre Plateau* von Bourges, ging ein erster Entwurf im vergangenen Mai den französischen Bischöfen und dem Apostolischen Stuhl zu. Gegenstand der Beratungen in Lourdes war ein überarbeiteter, zweiter Entwurf (vgl. La Croix, 26. 10. 89).

Die italienischen Bischöfe haben sich in scharfer Form gegen die Einführung resp. Zulassung der in Frankreich produzierten „Abtreibungspille RU 486“ (vgl. HK, Januar 1989, 15 ff.) in Italien gewandt. Der Erzbischof von Ancona, *Dionigi Tettamanzi*, erklärte als zuständiger Sprecher der Bischofskonferenz für diesen Bereich, die Einführung dieses Abtreibungsmittels würde die Rückkehr zur heimlichen Abtreibung bedeuten, die Gesundheitsgesetzgebung würde damit unterlaufen und die Abtreibung werde mit dem Argument erleichtert, daß durch den medikamentösen Abort, wie er durch RU 486 möglich werde, das „Operationstrauma“ ausgeschaltet werden könne. Der *italienische katholische Apothekerverband* hat sich ebenfalls energisch gegen die „Abtreibungspille“ ausgesprochen. Jetzt soll der Sachverhalt durch eine *Ethikkommission* des Gesundheitsministeriums geprüft werden.

Am 16. November wurden in El Salvador sechs Jesuiten, darunter der Rektor und der Vizerektor der Universität von Mittelamerika, *Ignacio Ellacuria* (ein bekannter Befreiungstheologe), und *Martin Baro*, mit einer Angestellten der Jesuiten und deren 15jähriger Tochter von rechtsradikalen Todesschwadronen ermordet. Präsident *Alfredo Cristiani* von der Regierungspartei Arena hat das Massaker an den Jesuiten, die als profilierte Sozialreformer ausgewiesen und um Verhandlungen zwischen linksoppositionellen Guerillagruppen und der Regierung bemüht waren, zwar verurteilt, zugleich aber wurde ein Brief des salvadorianischen Staatsanwalts an Johannes Paul II. bekannt, in dem dieser, ohne Namen zu nennen, den Papst aufforderte, Bischöfe, weil sie Sympathien für die oppositionelle Guerilla hätten, der „Volkskirche“ naheständen und „die fragile Ideologie der Kirche der Armen“ aufrechterhielten, abzugeben. Aus dem Militär wurde mit weiteren Mordtaten gedroht.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des EOS Verlages St. Ottilien, und des OIKOS Verlages, Frankfurt, bei.